

Reform bedroht Sauberkeit in Parks

Von Björn Boch

Solingen. Werden Gustav-Coppel-Park und Südpark bald seltener gereinigt? Fällt für Hausmeister an Schulen, für Einrichtungen wie Fauna und Vogelpark oder den Lutherkirchen-Bauverein wichtige Unterstützung weg? Steht das Sozialkaufhaus vor dem Aus? Vor all dem warnt das „Forum Jugend und Soziales in der Stadt Solingen“. Geplante Kürzungen im Bundeshaushalt „gefährden den sozialen Arbeitsmarkt, verschärfen Armut, erhöhen Jugendarbeitslosigkeit und beschädigen Infrastruktur“, heißt es in einer Stellungnahme.

Wie berichtet plant Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), unter 25-jährige Empfänger von Arbeitslosengeld II ab 2025 nicht mehr durch das Jobcenter, sondern durch die Agentur für Arbeit betreuen zu lassen. Die Mittel dafür kämen aus dem Topf der Arbeitslosenversicherung, also von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite. Den Bundeshaushalt soll das um 900 Millionen Euro entlasten. Experten befürchten im Gegenzug einen Anstieg der Lohnnebenkosten.



Schon jetzt kämpfen Verbände mit Budgetkürzungen

Im Forum Jugend und Soziales haben sich Institutionen zusammengeschlossen, die unter anderem Jugendliche betreuen, die für reguläre Beschäftigung aktuell nicht infrage kommen – aufgrund von psychischen Problemen, mangelnder Bildung oder Drogenvergangenheit. Sie werden an den Arbeitsmarkt herangeführt, etwa durch die Säuberung von Parks. Und lernen so wieder normalen Alltag. „Diese Menschen werden im Arbeitsmarkt nie ankommen, wenn es die Maßnahmen nicht mehr gibt“, betont Micha Thom vom Internationalen Bund, Vorstandsmitglied des Forums. Schon jetzt kämpfen man mit Budgetkürzungen.

Das Jobcenter in Solingen ist in kommunaler Hand. Es greife auf ein über Jahrzehnte gewachsenes Netzwerk zurück, betont das Forum. Das könne die Bundesagentur für Arbeit nicht übernehmen, weil sie deutschland- und teilweise europaweit ausschreiben müsse. Und nur auf den günstigsten

Weil Arbeitslose unter 25 bald nicht mehr vom Jobcenter, sondern von der Bundesagentur für Arbeit betreut werden sollen, schlagen Verbände in Solingen Alarm. Sichtbar werden könnten fehlende Betreuungsmaßnahmen schnell, etwa hier im Gustav-Coppel-Park. Foto: Peter Meuter

ten Anbieter achte. „Vorteil beim Jobcenter ist, dass die Ausschreibungen auf Bedürfnisse vor Ort angepasst werden können. Der Preis spielt eine Rolle, es geht aber insbesondere um die inhaltliche Konzeption“, betont Christoph Kühn, Vorstand der Arbeiterwohlfahrt und Sprecher des Forums.

Viele Maßnahmen betroffen, auch in Schulen und Tierparks

Viele kleine Maßnahmen in den Stadtteilen, etwa in der Fauna und im Vogelpark oder auf Friedhöfen, würden aktuell schnell erledigt – zur Freude der Vereine und Initiativen und als Hilfe für die Jugendlichen. Kühn fürchtet, dass solche Maßnahmen komplett verschwinden. Überregionale Anbieter, die den Zuschlag erhielten, kümmerten sich wenig bis gar nicht um die speziellen Bedürfnisse vor Ort.

Dr. Thorsten Böth, Kreisgeschäftsführer des Deutschen Roten Kreuzes Solingen und stellvertretender Sprecher des

Forums, betont, dass die Bundesagentur „weder inhaltlich noch organisatorisch so aufgestellt ist wie die Jobcenter“. Das System lasse sich nicht 1:1 übertragen, sondern werde „gegen die Wand laufen“. Und seien Strukturen vor Ort einmal zerschlagen, weil die Finanzierung fehlt, seien sie nicht wieder herzustellen.

Gleich 27 ungeklärte Fragekomplexe sehen die Mitglieder des Forums beim Übergang vom Jobcenter zur Arbeitsagentur. Betroffen seien allein in Solingen rund 1900 Jugendliche, von denen sich aktuell mehr als 200 in Maßnahmen befinden – etwa in der Jugendhilfewerkstatt oder bei Aquaris (Arbeit, Qualifizierung, Reintegration im Stadtteil), unter anderem für die Pflege im Gustav-Coppel-Park verantwortlich.

Die Pläne der Bundesregierung seien „eine Ohrfeige für die gesamte Stadt“, betont Forumsmitglied Daniela Blum für die Gabe (gemeinnützige Ge-

sellschaft für Arbeit und Ausbildung). Fielen Maßnahmen weg, blieben nicht nur viele Jugendliche unversorgt – auch etliche Arbeitsplätze bei der Gabe selbst seien gefährdet. „Wenn nicht gar unsere und die Existenz unzähliger ähnlich aufgestellter Träger bundesweit auf dem Spiel steht.“

Reform müsse unbedingt verhindert werden

Zur Gabe gehört unter anderem das Solinger Sozialkaufhaus. Auch, weil die Gabe Tariflöhne zahle, sei für sie quasi keine Ausschreibung mehr zu gewinnen. Damit drohe das Ende des Sozialkaufhauses – und die Möglichkeit für einen hohen Anteil der Bevölkerung, Bedarfe des täglichen Lebens günstig zu decken.

Die Forumsmitglieder sind sich einig, dass die Reform unbedingt verhindert werden muss: „Wir haben jetzt noch viel größere Bedenken als vorher, was den sozialen Frieden in der Stadt angeht.“ | Standpunkt

Forum

Wer? Zum „Forum Jugend und Soziales in der Stadt Solingen“ gehören neben genannten Institutionen unter anderem Caritas und Diakonie, der Paritätische sowie Stadtteil- und Jugendhilfevereine.

Was? Sie haben eine Resolution unterzeichnet, welche die Pläne der Bundesregierung stoppen sollen. Sie fordern außerdem alle Verantwortlichen auf, sich für eine Erhöhung der Budgets für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit einzusetzen.

Wer noch? Auch die Bezirksvertretung Mitte hat einen Appell an die Bundesregierung beschlossen. Der Stadtrat könnte mit einer eigenen Resolution folgen.